

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

F/XXII/235

Bonn, den 11. Dezember 1967

Nir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Jenseits von Schablonen</u> Zur Tagung des Kuratoriums USTWILKAZES DEUTSCHLAND	50
2	<u>Leere für linke Studenten</u> Zum Wahltag der Konservativen an der Münchner Universität	45
3	<u>Giscard contra de Gaulle</u> Frankreichs Wirtschaft wünscht Englands EWG-Beitritt Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	42
4-5	<u>Auf festen Boden</u> Israelische Regierung läßt sich trotz Meinungsverschiedenheiten Von unserem Korrespondenten in Israel J. E. Palmor	99

\* \* \*

Bitte beachten Sie die neue Anschrift:

5300 Bonn 9, Heussallee 2-10, Pressehaus I

11. Dezember 1967

### Jenseits von Schablonen

#### Zur Tagung des Kuratoriums UNTEILBARES DEUTSCHLAND

G.N. - Die Berliner Tagung des Kuratoriums UNTEILBARES DEUTSCHLAND stand, wie nicht anders zu erwarten war, ganz im Zeichen der vorher veröffentlichten Denkschrift des Kuratoriums-Vorsitzenden Dr. W.M. Schütz. Einer von den fast zweihundert Diskussionsrednern in den drei Arbeitsgemeinschaften und im Plenum bemerkte hierzu, er frage sich, über was man wohl diskutiert hätte, wenn die Schütz-Denkschrift nicht vor der Tagung veröffentlicht worden wäre...

Ob Befürworter oder Kritiker dieser Denkschrift: Alle an der Diskussion Beteiligten waren sich darüber einig, daß Schütz - bildlich gesprochen - einen Stein in den Teich der allgemeinen Erörterungen um das Deutschlandproblem geworfen habe, der auch nach der Berliner Tagung weitere Kreise ziehen werde.

Es ist dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, zu verdanken, daß er durch seine drei Reden dafür sorgte, die allgemeine Aussprache über die Schütz-Denkschrift nicht zu einem grenzenlosen Gerede über juristische, völkerrechtliche oder gar historische Reminiszenzen und Perspektiven werden zu lassen. Diese Gefahr bestand während der Tagung des Kuratoriums permanent. Mit einem Perfektionismus ohne Gleichen wurden Denkschemata skizziert, deren Bedeutung für die praktische Politik gleich Null ist.

Das Echo zu der Schütz-Denkschrift aus Ostberlin bestätigt leider diese Feststellung. Wenn man in Ostberlin behauptet, Schütz habe seine Denkschrift "im Einvernehmen mit monopolkapitalistischen Kreisen" veröffentlicht, um die Diskussion über die notwendige Anerkennung der DDR als zweiter deutscher Staat zu blockieren, dann bedarf es keines Kommentars mehr.

In den vielen Reden, die in Berlin gehalten wurden, kam das Wort von den Realitäten, die man anerkennen oder von denen man ausgehen müßte, am häufigsten vor. Leider wurde viel zu selten darauf hingewiesen, daß die einzige uns zurzeit bekannte Realität darin besteht, daß die Machthaber in Ostberlin die Spaltung Deutschlands und Europas aufrecht erhalten wollen. Das will nicht besagen, daß dies immer so sein muß. Und deswegen mag die Diskussion über die Schütz-Denkschrift dazu beigetragen haben, sie überall aus dem Kraut schießenden und meist fälschlich als "neu" bezeichneten Überlegungen zur Lösung unseres nationalen Problems in die Reihe der tatsächlichen Realitäten zu stellen, mit denen wir uns täglich und immer wieder auseinandersetzen haben. - Das Drängen meist jüngerer Diskussionsredner, die in der Schütz-Denkschrift ein brauchbares Mittel zur Überwindung der Spaltung Deutschlands sehen wollten, ist verständlich. Diese Generation ist ungeduldig; sie nimmt aber auch Tatsachen zur Kenntnis, wenn ihr diese mit letzter Schonungslosigkeit - wie es Wehner mehrfach getan hat - vor Augen geführt werden. Deswegen kann die diesjährige Tagung des Kuratoriums trotz allem, was man zu ihrem eigentlich nicht genau feststellbarem Ergebnis sagen mag, einen Ansatz zum Überdenken von Schablonen bieten, die auch diesmal wieder von manchem sehr prominenten Redner vorge-

SPD-Pressedienst  
P/XXII/

### Lehre für linke Studenten

---

#### Zum Wahlsieg der Konservativen an der Münchner Universität

spk - An der Münchner Universität haben die Wahlen zum Konvent - dem Studentenparlament - stattgefunden. Sie endeten mit einer (allerdings fast zu befürchtenden) Sensation: einem Trübsalserfolg zugunsten der konservativen Münchner Studenten-Union (MSU), die die in der Münchner Wohlgemeinschaft (MWG) zusammengefaßten linken Studenten Studentengruppen wie den SDS, den SHB und den LSD weit abschlug. Die linken Studenten haben nach der jetzt durchgeführten Wahl im Konvent nur noch zehn der insgesamt 51 Sitze. 25 Sitze fielen an die MSU, 16 an unabhängige Studenten, von denen aber zusätzlich einige den Konservativen Gruppierungen zuzurechnen sind.

Wie ist dieses Wahlergebnis zu erklären? Zweifellos hat die passive finanzielle Unterstützung, die Teile der bayerischen Industrie der konservativen Studenten zugute kommen ließen, eine große Rolle gespielt. Darüber hinaus nennt man in der Münchner Universität - und auch innerhalb der linken Gruppen - aber auch noch einen anderen Grund: Der Mehrheit der Studenten war die allzu rasche und allzu heftige Politisierung innerhalb der Studentenschaft unheimlich geworden. Viele Studenten fürchteten sich einfach vor einer Radikalisierung und taten, was Deutsche meistens tun, wenn ihnen politische Bewegungen allzu lebhaft werden - sie wählten konservativ.

Nichts wäre in dieser Situation nun törichter, als den linken Studenten ein hämisches "recht geschieht's Euch!" zuzurufen. Selbst wenn man einzelne Aktionen der bisher linken Studentenvertretungen nicht billigen konnte, muß man dem bisherigen ASSt der Universität in München attestieren, daß er auf dem Feld der Hochschulpolitik durchaus diskutabile Vorschläge vorgebracht hat. Auch hat er sich von Auswüchsen - wie den unartikulierten Protesten bei der Rektoratsübernahme vor einigen Tagen - sogleich distanziert. Dies alles aber nützt ihm nichts.

Die linken Studentpolitiker haben eine Lehre erhalten, die alle, die in dieser Gesellschaft Reformen durchsetzen wollen, berücksichtigen müssen: Wer auf demokratischem Wege veraltete Einrichtungen verändern will, muß in der Lage sein, Mehrheiten zu überzeugen. Die SPD hat diese Lektion längst gelernt, was ihr, gerade von den Studenten, oft als Opportunismus ausgelegt wurde. Auch die Studentpolitiker werden sie aber lernen müssen, wenn sie ihre Vorstellungen wenigstens zum Teil durchsetzen wollen.

Alles in allem ist das Wahlergebnis vor allem deshalb so bedauerlich, weil es zu einer Radikalisierung der linken Gruppierungen führen dürfte. Berechtigte Forderungen der Studenten nach der dringend erforderlichen Hochschulreform könnten nun im allzu pauschalen Protest gegen alles und jedes untergehen. Die Sozialdemokratie wird in dieser Situation ihre Bemühungen um ein zeitgemäßes Hochschulgesetz und eine grundlegende Studienreform weiter intensivieren, um die unhaltbaren Zustände zu revidieren.

SPD-Pressedienst  
P. XXII/

Giscard contra de Gaulle

Frankreichs Wirtschaft wünscht Englands EWG-Beitritt

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

EWG-Vorhandlungen mit Großbritannien verlangt nun auch der Chef der französischen Konservativen, de Gaulles früherer Finanzminister Giscard d'Estaing, nachdem Mollet und Mitterrand im Namen der demokratischen Linksopposition und Lecanuet für das christlich-demokratische Zentrum die gleiche Forderung stellten. Obgleich Giscard nur über ungefähr 4 Prozent der Wählerstimmen verfügt, ruft sein Anliegen im Elysee größeren Ärger hervor, als die Kundgebungen Mollets und Lecanquets, die von 23 Prozent bzw. 14 Prozent der Wählerschaft unterstützt werden.

Knappe Mehrheit

Die Meinung der französischen Sozialdemokraten und Christdemokraten ist hinlänglich bekannt. Die Konservativen aber bilden zusammen mit den Gaullisten die Parlamentsmehrheit. In ihrer Partei werden seit einigen Monaten kritische Stimmen immer lauter. Bei einigen Parlamentsabstimmungen blieben Giscardisten sogar der Urne fern, oder stimmten mit der Opposition. Dieser "Disziplinmangel" der Koalitionspartner wurde jeweils mit internen Zurechtweisungen geahndet, hängt aber weiter wie ein Damoklesschwert über den Gaullisten. Denn die gemeinsame Mehrheit im Parlament ist knapp.

Giscard's fünf Punkte finden in Frankreich Beifall:

1. Englands EWG-Beitritt ist wünschenswert.
2. Vorerst müssen in Großbritannien eine Reihe von Wandlungen vollzogen werden. Eine Liste dieser Vorbedingungen soll aufgestellt und zwischen EWG und England verhandelt werden. Nach ihrer Erfüllung soll der EWG-Beitritt Großbritanniens automatisch erfolgen.
3. Alle diese Wandlungen können nur erfolgen, wenn London die Gewissheit hat, der EWG tatsächlich beitreten zu können.
4. Der Einigungsprozeß der sechs EWG-Länder darf durch dieses neue Problem nicht gestoppt werden.
5. Die EWG einschließlich Großbritanniens wird nur mit einem Mindestmaß von gemeinsamer politischer Organisation funktionieren können.

Widerhall

Giscard's neueste Stellungnahme ist in der Form wie stets elegant und höflich, im Inhalt konkret und realistisch.

Der Widerhall ist in ganz Frankreich positiv. General de Gaulle könnte in nächster Zeit gezwungen sein, seine Außenpolitik noch "persönlicher" zu gestalten, und sich dabei nicht nur über die Nationalversammlung, sondern auch über seine eigenen Minister immer mehr hinwegzusetzen.

Auf festem Boden

Israelische Regierung hält sich trotz Meinungsverschiedenheiten

Von unserem Korrespondenten in Israel, J. E. Palmon

Die Einheit der Regierung Eschkol, allgemein als "Koalitionskabinett der nationalen Einheit" bezeichnet, wurde nach der in aller Eile vorgenommenen Abwertung der Währung (im Anschluß an das britische Beispiel) auf eine harte Probe gestellt. Die Minister der linkssozialistischen Partei MAPAI hatten in Kabinett gegen die Abwertung gestimmt und die Sprecher dieser Gruppe hatten bei allen Gelegenheiten ihrer Kritik an der Abwertung Ausdruck verliehen. Auch die Minister der Rechtsgruppe Gachal, die sich erst im Juni, unmittelbar vor Kriegsausbruch, dem Kabinett angeschlossen hatten, standen der Abwertung kritisch gegenüber. Tagelang gab es Verhandlungen über die Frage der Koalitionsdisziplin, aber am Ende lösten sich alle Meinungsverschiedenheiten im Wohlgefallen auf - einige Abgeordnete des Regierungslagers hielten sich der Stimme enthalten. Das war die letzte Andeutung oppositioneller Meinungen, die große Mehrheit - aus allen Parteien der Koalition stammend - stellte sich jedoch hinter die Politik des Kabinetts.

Dieser Fall zeigte, daß die Regierung der "nationalen Einheit" unter Führung von Eschkol weiter auf festen Füßen steht und wahrscheinlich bis zum Ablauf der Wahlperiode (1969) im Amt bleiben wird. Es gibt Differenzen in dieser soweit von rechts nach links gespannten Staatsführung, aber niemand wagt aus diesem Kabinett auszutreten. Angesichts der weiterhin so schwierigen außenpolitischen Situation ist die öffentliche Meinung in Israel in ihrer überwiegenden Mehrheit für ein Kabinett der nationalen Einheit und sie ist bereit, diesen innerpolitischen Mißgriffe zu verzeihen. Dagegen würde sie sehr negativ auf Austritt einer Partei aus diesem Kabinett reagieren, die ausgeschiedene Partei hat praktisch zwischen Festhalten an Grundsätzen und Verlust von Stimmen zu wählen, und bisher hat die Furcht vor dem Wählern ihrer den Ausschlag gegeben. Da in dieser Konstellation bis auf weiteres keine Änderung eintreten wird, kann man ruhig sagen: "In der nächsten Zeit wird keine der kleineren Parteien es riskieren, die Koalitionregierung Eschkol zu verlassen."

Die außenpolitischen Probleme beschäftigen natürlich in erster Linie das Kabinett, und in der Stellungnahme haben sich einige bemerkenswerte Schattierungen ergeben. Ministerpräsident Eschkol betont in seinen Reden in erster Linie das Streben nach Frieden und nach direkten Verhandlungen mit den arabischen Nachbarn, während Verteidigungsminister Dajan (Mitglied der Rafi-Partei) und Arbeitsminister Alon (linkssozialistische Partei Achdut Awodah) weniger von diesem Streben sprechen und mehr auf die ständigen Kriegsdrohungen der Araber hinweisen, denen es zu begegnen gilt. Jedoch wäre es vollkommen verfehlt, aus der verschiedenartigen Akzentsetzung in Reden zwei verschiedene politische Anschauungen zu konstruieren. Auch Eschkol übersieht nicht, daß Nasser und andere arabische Führer weiter aufrüsten und mit Krieg drohen, und das gesamte Kabinett ist sich in einem Punkt einig: "Kein Rückzug aus den besetzten Gebieten ohne Abschluß eines dauerhaften Friedens." Der vom UN-Generalsekretär U Thant eingesetzte

SFD-Pressedienst  
9/XXII/

Vermittler, der schwedische Diplomat Jarring kann auf freundliche Gespräche in Jerusalem rechnen, aber die gesamte Regierung wird ihm erklären, daß Vorleistungen und Zurückziehung der israelischen Truppen vor Verhandlungen über die anderen Punkte, die im Beschluß des UN-Sicherheitsrates erwähnt werden, nicht in Frage kommen.

Für die "Struktur" der Regierung Eschkol ist noch die außerordentliche Stärkung der Stellung des Außenministers Eban bemerkenswert. Ebans Position war in früheren Monaten (auch noch vor Eintritt der Flügelparteien in die Regierung) keineswegs unangefochten. Jerusalemer Politiker des Regierungslagers erklärten häufig, daß Eban wohl ein guter Vertreter im Auslande, dagegen kein guter Minister sei; an seiner Leitung des Außenministeriums wurde häufig Kritik geübt. "Die wohlklingenden Formulierungen ersetzen noch nicht energische Führung der Außenpolitik", hatte einer der Kritiker Ebans gemeint, und dieses Wort wurde oft zitiert.

Diese Kritik ist seit dem Ausbruch des Juni-Krieges so gut wie verschwunden. Es wird wohl darüber debattiert, ob der Außenminister nach den Drehungen Nassers Ende Mai in die westlichen Hauptstädte zwecks Beratung hätte fahren sollen, aber seine Tätigkeit seit Kriegsausbruch scheint allem über jede Kritik erhaben zu sein. Von allen Seiten wird anerkannt, daß er Israels Position im Sicherheitsrat, vor der Vollversammlung der UN und später erneut im Sicherheitsrat in wirksamer Weise vertreten und Israels Argumenten eine Durchschlagskraft verschafft hat, die ein anderer kleiner Staat kaum hätte erreichen können. Eban spricht als Oxford-Absolvent von allen Mitgliedern des Sicherheitsrates weitaus das beste Englisch, er versteht es, verbindliche Formulierungen mit harten Feststellungen zu kombinieren, und seine Antwort an Kossygin vor der Vollversammlung der UN wird zu den "großen Reden" in den Gremien der UN gerechnet. Inzwischen wurde diese Rede in vielen tausend Exemplaren als Schallplatte verbreitet.

Aber auch abgesehen von der rhetorischen Leistung verstand es der Außenminister, in der UN-Geschoirs glücklich zu operieren, und nach Beendigung der Debatten in der Vollversammlung und dem Sicherheitsrat steht Israel heute so da, daß es wesentlich an Zeit gewonnen hat und daß die Gegenseite nicht um einen Schritt weiter gekommen ist.

All das hat Eban auch das notwendige Ansehen in Israel selbst verschafft, und sein Wort gilt in der Koalitionsregierung heute weit mehr als noch vor Monaten, als ihm oft Schwäche vorgeworfen wurde. Er gehört heute zu den "Vorderfront-Leuten" in der Regierung Eschkol und nimmt in der "Akzentsetzung" eine vermittelnde Stellung ein. Es fehlt in seinen Reden nicht an Friedensappellen, aber gerade aufgrund seiner häufigen Zusammenstöße mit den arabischen Delegierten in den UN-Körperschaften muß er die negative Seite des ganzen Komplexes nicht weniger häufig als Dajan betonen. - Wie gesagt, es handelt sich bei den verschiedenartig klingenden Reden um Schattierungen, in den Grundfragen ist sich die Regierung Eschkol einig und sie hat sich ihre Außenpolitik (kein Rückzug ohne Frieden) ausdrücklich vom Parlament bestätigen lassen. Ausführungen von Ministern und Parteiführern im Kabinett sollten daher im Auslande in ihrer richtigen Proportion - ohne Überschätzung und ohne voreiliges Ziehen von Konsequenzen - gesehen werden.